

Quelle: www.derfunke.de

DIE VENEZOLANISCHE REVOLUTION

Übersetzung des Redemanuskripts von Hermann Albrecht auf seiner Vortragsreise in Europa, Januar/Februar 2004

Der Wahlsieg von Präsident Chávez 1998 ist kein Zufall in der Geschichte Venezuelas. Er ist lediglich die letzte Stufe der Klassenkampfes und der Massenbewegungen, die in meinem Land stattfinden.

Ich möchte im Folgenden einen kurzen Überblick über die Geschichte vor allem des 20. Jahrhunderts geben und dann im Detail darauf eingehen, was sich in Venezuela seit dem Sieg von Hugo Chávez bei den Präsidentschaftswahlen 1998 ereignet hat.

Das 20. Jahrhundert begann mit einer Diktatur, welche bereit war, jegliche Versuche lokaler Kriegsherren, dem Diktator die Macht zu entreißen, zu unterdrücken. Unter den Bedingungen dieser Diktatur, die besonders für die Folterung politischer Gefangener berüchtigt war, wurden im Untergrund zwei politische Organisationen gegründet: die sozialdemokratische und die kommunistische Partei. Die Sozialdemokratie entstand nach einem vor allem von Studenten und Intellektuellen getragenen Aufstand an der Universität von Caracas 1928. Diese als die „28er Generation“ bekannte Bewegung brachte später die Partei „Acción Democrática“ (AD) hervor. Anfang der 30er wurde dann schließlich die KP gegründet, unter Mitwirkung so bekannter venezolanischer Revolutionäre wie Gustavo Machado. Im Kampf gegen den Diktator Juan Vicente Gomez arbeiteten beide Parteien zusammen. Nach dem Tod von Gomez, der das Ende der Diktatur markierte, folgte eine überaus bewegte Zeit. Die KP war noch unerfahren und daher nicht in der Lage, die Massen an die Macht zu führen. Nach einer Reihe ziviler und militärischer Regierungen kam es 1948 erneut zu einem reinen Militärregime. Die KP und die AD wurden verboten und kämpften wiederum gemeinsam im Untergrund für einen Sturz des Diktators, Oberst Marcos Pérez Jiménez. Trotz der Repressionen und der Tatsache, dass beide Parteien Schlüsselfiguren und Kader verloren hatten, gelang es schließlich, den Diktator zu stürzen. Dieser sah sich am 23. Januar 1948 gezwungen, das Land zu verlassen. Wieder erwies sich die KP als unfähig, die Führung der Massen zu übernehmen, und zwar nicht nur aus organisatorischen Gründen, sondern auch aufgrund des Verrats eines ihrer wichtigsten Führer, Rómulo Betancourt, der zur AD übertrat und beim Wiedereinsetzen der antikommunistischen Repressionen wichtige Informationen über den Aufbau der KP preisgab. Betancourt wurde dann der erste Präsident der sogenannten „demokratischen Ära“ Venezuelas, hauptsächlich aufgrund eines Paktes der AD mit bürgerlichen Parteien wie den Christdemokraten (COPEI). Durch diese Übereinkunft konnten AD und COPEI die nächsten 40 Jahre lang die Präsidentschaft unter sich aufteilen.

Obwohl formal gesehen Demokratie herrschte, war die Situation de facto schlimmer als vorher unter der Diktatur, vergleichbar etwa mit der heutigen Lage in Kolumbien. Manche linken Aktivisten sagen, dass während der Amtszeit des ersten „demokratischen“ Präsidenten mehr Menschen inhaftiert, gefoltert und getötet worden seien als in den zehn Jahren zuvor. Als „Ausweg“ aus dieser Verfolgung wandten die Kommunisten und andere linke Organisationen eine Guerillataktik an. Das war zwar eine Frage von Leben oder Tod für die meisten Aktivisten, führte aber dazu, dass die venezolanische Guerillabewegung die Verbindung mit der Arbeiterklasse in den Städten verlor und somit eine gewisse Niederlage erlitt. Noch nicht einmal die Stadtguerilla stand wirklich im Kontakt mit der Arbeiterklasse, um Generalstreiks gegen die Repressionen zu organisieren. Letzten Endes war die allgemeine Meinung in der

Bevölkerung über die Guerilla eher negativ. So war es schließlich möglich, dass der bürgerliche Staat die Guerilla an allen Fronten schlagen und die linke Bewegung besiegen konnte. Es folgte eine Zeit der „Befriedung“, die zum Teil so aussah, dass zuerst Treffen zwischen Guerillaführern und der Regierung vereinbart und dann Bomber an den vereinbarten Treffpunkt geschickt wurden, die die „Befriedung“ dieser Anführer „eleganter“ erledigen sollten. In der ersten Hälfte der 80er mussten dann alle linken Gruppierungen ihre Waffen abgeben und den Bedingungen zustimmen, die die Bürgerlichen für ihren Übergang in die legale politische Arbeit ausgearbeitet hatten.

Die Bourgeoisie hielt die Linke für endgültig besiegt und brachte wichtige, gegen die Arbeiterklasse und die Armen gerichtete Konterreformen auf den Weg. Kurz nach seinem Wahlsieg und der Vereidigung präsentierte Präsident Carlos Andres Perez, der zeitweilig sogar Vizepräsident der Sozialistischen Internationalen war, im Januar 1989 ein knallhartes Wirtschaftsprogramm, gestrickt nach dem typischen IWF-Muster. Die Auswirkungen dieses Programms für die Arbeiterklasse und die Armen führten am 27. Februar 1989 zum Aufstand. In einer Nachbarstadt von Caracas begannen Unruhen, die sich schnell ausbreiteten. Die Regierung gab dem Militär Anweisung, die Unruhen mit allen Mitteln niederzuschlagen; zu diesen Mitteln zählte auch der Einsatz von schwerer Munition und schwerem Geschütz. In diesen zwei Tagen kamen mindestens 3000 Menschen ums Leben. Die meisten von ihnen starben nicht in den eigentlichen Unruhen, sondern fielen den Soldaten zum Opfer, die in die Wohngegenden des Volkes geschickt wurden, um „soziale Säuberungen“ durchzuführen. Solche Befehle lösten unter den Soldaten, besonders den Offizieren mittleren Ranges, große Unruhe aus. Einer dieser Offiziere war Hugo Chávez. Sie gründeten illegale politische Diskussionszirkel innerhalb der Armee und knüpften Kontakte zu linken Organisationen aus dem zivilen Leben. So kam es zu einem Aufstand sowohl ziviler als auch militärischer Gruppen am 4. Februar 1992. Obwohl es anderen Abteilungen gelungen war, eine Reihe von Städten unter ihre Kontrolle zu bringen, scheiterte die Gruppe in Caracas, deren Aufgabe es auch war, Präsident Perez gefangenzunehmen, und musste sich ergeben. Ein Problem in Caracas war auch, dass die von linken Organisationen versprochene Mobilisierung von Zivilisten nicht wirklich gelang. Der militärische Kommandant der aufständischen Caracas-Gruppe wurde, offensichtlich in der Absicht, ihn zu demütigen, in einer Fernsehsendung präsentiert und gezwungen, in einer Fernsehansprache die anderen Offiziere zur Kapitulation aufzufordern. Der Schuss ging allerdings nach hinten los: Hier sahen die Venezolaner zum ersten Mal, wie jemand im staatlichen Fernsehen die Verantwortung für sein Handeln und Scheitern übernahm, und das machte aus Hugo Chávez, denn kein geringerer war dieser Offizier, einen geradezu mythischen Anführer. Die am Putsch beteiligten Militärs wurden ohne Anspruch auf ein Gerichtsverfahren inhaftiert und erst vom nächsten Präsidenten, dem Christdemokraten Rafael Caldera, begnadigt. Wieder in Freiheit begannen sie einen Diskussionsprozess über die Frage, ob sie die politische Macht weiterhin auf militärischem Wege erobern oder es über Wahlen versuchen sollten. Man entschied sich schließlich für die zweite Variante, da Chávez weiterhin eine wichtige Figur im öffentlichen Bewusstsein war.

Obwohl die Medien ganz klar einen Wahlkampf gegen ihn führten und ihm in allerhand dubiosen Umfragen jegliche Chancen auf einen Sieg absprachen, entschied Chavez die Präsidentschaftswahlen vom 6. Dezember 1998 mit über 56% der Stimmen für sich. Seiner Ankündigung aus dem Wahlkampf folgend fand ein Referendum über die Einberufung einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung statt. Das Projekt stieß auf überwältigende Zustimmung; bald darauf wurden die Wahlen durchgeführt. Die Nationalversammlung, der fast ausschließlich Pro-Chavez-Kräfte angehörten, begann den Entwurf einer neuen Verfassung zu diskutieren, der auch im Volk verbreitet worden war, um allen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich eine Meinung zu bilden. Nach der Annahme der Verfassung wurde zu allgemei-

nen Wahlen für August 2000 aufgerufen, aus denen die meisten Chavez-Anhänger wie auch er selbst als Sieger hervorgingen.

Auch wenn die venezolanische Verfassung das Privateigentum schützt, so ist sie doch im Vergleich zu anderen sehr fortschrittlich. Zusätzlich zum Schutz des Privateigentums wird hier das Konzept des Gemeineigentums eingeführt; außerdem finden wir die Aussage, dass das Privateigentum nicht über die Interessen der Gesellschaft oder die nationalen Sicherheitsinteressen gestellt werden darf. Eine weitere Neuerung ist die Festlegung von vier Fällen, in denen ein Referendum anberaumt werden kann. Hier können die Wähler unter anderem eine Abstimmung über die Abwahl eines Regierungsmitglieds herbeiführen, sobald die halbe Wahlperiode abgelaufen ist. Die Verfassung enthält noch weitere Verbesserungen, verlässt aber nie die Grenzen bürgerlicher Demokratie. Chavez' Regierungsprogramm besteht also darin, innerhalb des kapitalistischen Systems den Reichtum des Landes zugunsten der großen Mehrheit der Bevölkerung umzuverteilen, um deren Lebensstandard zu verbessern. Er ist auf keinen Fall Marxist, Kommunist oder sonst etwas in dieser Richtung. Sein bisheriges Programm steht für Reformen, für nationalen Kapitalismus.

Für die herrschende Klasse und den Imperialismus war es klar, dass sie nicht in der Lage sein würden, die Chávez-Regierung voll zu kontrollieren. Also wurde von Anfang an eine Medienkampagne gegen ihn geführt. Dies geschah zuerst noch verdeckt, aber später ging man zum offenen Angriff über. Als im Dezember 2000 die Regierung ein Paket von 49 neuen Gesetzen verabschiedete, reagierten der Arbeitgeberverband und die Gewerkschaftsbürokratie mit Aussperrung und starteten gleichzeitig eine breit angelegte Medienkampagne gegen die Gesetze, insbesondere die Landreform, die Fischerei- und die Erdöl-Gesetze (zum Schutz der nationalen Ölindustrie). Das produzierte die entsprechende Stimmung für den Aprilputsch 2002. Darüber haben Sie alle sicher schon gehört, und Sie kennen bestimmt auch den Dokumentarfilm „The revolution will not be televised“ bzw. „Innenansichten eines Putsches“. Daher werde ich darauf nicht näher eingehen. Ich möchte nur noch einmal betonen, dass während dieser kurzen, aber dennoch blutigen Diktatur die Massen auch ohne vorherige zentrale Organisation auf die Straße gingen und so die Befreiung von Präsident Chávez und seine Rückkehr an die Macht in nur 48 Stunden erzwangen. Dabei herrschte eine wirklich revolutionäre Stimmung, und eine Fortsetzung der Revolution wäre auf keinen echten Widerstand gestoßen. Stattdessen rief Chávez zur Versöhnung auf und machte sogar noch Zugeständnisse an die Bourgeoisie, vor allem was die Ölindustrie angeht. Diese Strategie stellte sich als falsch heraus, da die Reaktion ihre Medienkampagne fortsetzte und ihre Kräfte für einen erneuten Angriff auf die Regierung sammelte.

Die Unternehmer begannen ihre Aussperrung von oben am 2. Dezember 2002, mit dem klaren Ziel, den Rücktritt von Chávez zu erzwingen. Sie dehnten die Aktion auch auf die Sabotage der venezolanischen Ölindustrie aus. Aufgerufen hatten der Präsident des Arbeitgeberverbandes (FEDECAMARAS) und der bürokratische korrupte Gewerkschaftsdachverband CTV, eine arbeitgeberfreundliche Gewerkschaft, die nur die Interessen der Bosse verteidigt. In allen großen Medien wurde die Aussperrung als „Streik“ der Arbeiter dargestellt, was in der Arbeiterklasse weltweit enorme Verwirrung hervorrief, die in vielen Ländern bis heute andauert. Obwohl es manchmal schien, dass Aussperrung und Öl-Sabotage zum beabsichtigten Erfolg führen würden, gelang es den Arbeitern und der Masse des Volkes doch, sich zu organisieren. Ein Teil der Industrie wurde unter Arbeiterkontrolle gestellt; eines der wichtigsten Beispiele hierfür ist die Jose-Raffinerie bei Puerto La Cruz im Osten Venezuelas. Die dortigen Arbeiter hatten nach dem April richtig vorausgesehen, dass der nächste Putschversuch auch eine Sabotage der staatlichen Ölindustrie mit einschließen würde, und die Besetzung der Fabrik ge-

plant. Einige dieser Betriebe sind noch immer besetzt, da den Arbeitern noch keine akzeptable Lösung für ihre Situation angeboten wurde.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal Folgendes betonen: Nach der Niederlage der Aussperrung versuchte die Reaktion zwar weiter, den Rücktritt des Präsidenten zu erzwingen – sie startete eine Aussperrung im Bankwesen und machte massiv Druck auf die Wechselkurse – aber die Arbeiterklasse war bereit, die Revolution weiter voranzutreiben. Schon einmal war es ihr gelungen, die Lage unter Kontrolle zu bringen; das machte sie zuversichtlich und selbstsicher. Nur ein kleiner Impuls von Chávez, und das Land hätte den Weg Richtung Sozialismus einschlagen können, ohne dabei auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Wir hätten in Venezuela eine friedliche sozialistische Revolution haben können... Aber leider kam es nicht dazu; die Arbeiter wurden zurückgehalten.

Aussperrung und Sabotage der Ölindustrie brachten Venezuela Verluste in Höhe von über neun Milliarden Dollar ein; das entspricht mehr als 75% der damaligen Devisenreserven des Landes. Das war ein schwerer Schlag für unsere Wirtschaft und den Lebensstandard des Volkes. Es kam zu einem steilen Anstieg der Arbeitslosigkeit; gleichzeitig verlor die venezolanische Währung rapide an Wert. Angesichts dieser Lage führte die Regierung eine Reihe spezieller sozialer Programme ein, unter anderem eine von der kubanischen Regierung unterstützte Alphabetisierungskampagne, sowie ein Programm, das medizinische Grundversorgung in die Slums von Caracas und andere benachteiligte Gebiete, zum Beispiel abgelegene Gebiete, tragen sollte und – neben venezolanischen – vor allem von kubanischen Freiwilligen umgesetzt wurde. Es wurden auch staatliche Lebensmittelläden eingerichtet, die die Bevölkerung mit preisgünstigen Grundnahrungsmitteln versorgen. Spezielle Bildungsprogramme sollten das Nachholen von Schul- und Hochschulabschlüssen möglich machen. In Caracas wurde eine neue Universität gegründet, die Bolivarische Universität Venezuelas.

Es gab aber nach der Aussperrung vom Dezember 2002/Januar 2003 noch weitere Veränderungen. Es war für die Arbeiter überdeutlich, dass eine echte Gewerkschaft im Lande fehlte – also beschloss man, eine zu gründen! Der Gründungskongress der „Nationalen Arbeiterunion“ (Unión Nacional de Trabajo, UNT) fand im August 2002 statt. Dieser Kongress machte die großen Fortschritte im Klassenbewusstsein der venezolanischen Arbeiter deutlich. Nur ein Beispiel: Manche Delegierte hatten aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten nicht rechtzeitig die zur Diskussion stehenden Dokumente und Anträge vorliegen. Daher erklärten sie, sie könnten über die Vorlagen nicht abstimmen, sie müssten erst mit ihrer Basis darüber beraten. Ein wichtiges Zeichen waren auch die in den Diskussionen aufkommenden Forderungen nach Verstaatlichung des Bankensektors und der besetzten Fabriken sowie aller Betriebe, die die Produktion eingestellt und die Arbeiter entlassen hatten. Der Gewerkschaftsbürokratie ist es aber leider gelungen, diese Stimmung zu dämpfen. Zum Beispiel hat die UNT-Bürokratie es versäumt, die nötigen Schritte zur Unterstützung der Beschäftigten in den besetzten Fabriken zu unternehmen. Dieser Kampf ist noch nicht zu Ende.

Das ständige Scheitern ihrer Pläne einerseits und das wachsende Selbstvertrauen der siegreichen Chavisten andererseits hat zur Demobilisierung der Reaktion und ihrer sozialen Basis geführt. Der revolutionäre Prozess und die Massendemos für Chávez dauerten das ganze Jahr über an, während es den Reaktionären nicht einmal annähernd gelang, ihre Anhänger in ähnlicher Zahl auf die Straße zu bringen. Am 6. Dezember letzten Jahres versammelten sich zum Beispiel Hunderttausende, um den fünften Jahrestag von Chávez' Wahlsieg zu feiern. Für den folgenden Tag, einen Sonntag, hatte die Reaktion zur Kundgebung in der Hauptstadt aufgerufen. Die Beteiligung war aber so gering, dass die Aktion in den Medien nicht erwähnt wurde.

Die Nachrichtensender brachten gar nichts darüber, und erst am Montag erschien das Ereignis nur in einem kleinen Lokalblatt in Caracas als Titelstory.

Auch die jüngste Unterschriftensammlung zur Einleitung eines Abwahlreferendums gegen Präsident Chávez, wozu die Opposition rund 2,5 Millionen Unterschriften benötigt, brachte diese allgemeine Demobilisierung zum Ausdruck. Die großen Medien stellten die Beteiligung zwar als riesig dar, aber jeder konnte sich selbst davon überzeugen, wie falsch dieses Bild war. Man konnte vier Tage lang seine Unterschrift abgeben. Am ersten Tag sah man noch Menschenschlangen, am zweiten Tag nur noch kleine und am dritten und vierten Tag stand überhaupt niemand mehr an. Getreu der Strategie der Opposition, in den Medien Stärke vorzutäuschen, wurden vor den meisten Stimmlokalen Bekanntmachungen ausgehängt, es seien keine Unterschriftenformulare mehr da und man solle doch bitte irgendwo anders unterschreiben. Es wurden sogar Szenen mit Menschenschlangen extra für die Fernsehkameras gestellt. Gleichzeitig gab es eine große Zahl von Bürgern, die erklärten, zu einer Unterschrift gegen Chávez gezwungen worden zu sein. So wurde z.B. vielen Angestellten privater Unternehmen mit Entlassung gedroht. Selbst aus Krankenhäusern und psychiatrischen Einrichtungen hörte man von solchen Erpressungsfällen, wo Patienten die medizinische Versorgung verweigert worden war, falls sie nicht unterschreiben würden. Für die Unterstützer von Chávez ist also klar, dass die Reaktion unmöglich ihr Ziel von 2,5 Millionen Unterschriften erreicht haben kann. Auch die Tatsache, dass sie 19 Tage gebraucht haben, um die Unterschriften beim Nationalen Wahlrat (CNE) einzureichen, spricht eine klare Sprache über die wirkliche Sachlage. In den großen Medien wurde natürlich behauptet, dass bis zu 3,8 Millionen Unterschriften zusammengekommen seien. Alles deutet jedoch darauf hin, dass trotz der illegalen Methoden, mit denen an manchen Arbeitsplätzen die Unterschriftensammlung stattfand, die notwendige Zahl nicht erreicht wurde.

In den nächsten Tagen ist mit einer diesbezüglichen Entscheidung des Nationalen Wahlrates zu rechnen. Eine erneute Niederlage der Reaktion würde einen Fortschritt der Revolution definitiv erleichtern. Und falls genügend Unterschriften für gültig erklärt werden, und es zu einem Referendum kommt, dann stehen uns turbulente Zeiten ins Haus, denn die Anhänger von Chávez werden einen solchen Betrug der Opposition nicht hinnehmen.

Übersetzung: Nina Sachse

Nähere Infos: www.derfunke.de oder www.derfunke.at

Der Funke e.V.

Postfach 2112

65011 Wiesbaden

Tel./Fax (0611) 406807

redaktion@derfunke.de

Infos in spanischer Sprache: <http://venezuela.elmilitante.org>